

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44 | 10119 Berlin

Sportausschuss des Bundestages
Dagmar Freitag, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Tel. +49 30 549898-0
Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
www.transparency.de

Per Mail an sportausschuss@bundestag.de
Dagmar.Freitag@bundestag.de
Rudi.Mollenhauer@bundestag.de

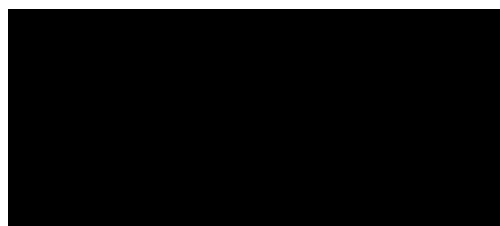
Berlin, 25. Februar 2021

Stellungnahme von Transparency International Deutschland e.V. für die Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 3. März 2021 bezüglich der Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung zur Anhörung im Sportausschuss am 3. März 2021 zum Thema „Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen“. Vorab erhalten Sie anbei eine schriftliche Stellungnahme von Transparency International Deutschland e.V. (Transparency Deutschland).

Mit freundlichen Grüßen



Sylvia Schenk
Sport-Expertin bei Transparency Deutschland

Stellungnahme von Transparency International Deutschland e.V. für die Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 3. März 2021 bezüglich der Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen

Vorbemerkung – Grundsätzliche Erwartungen an die Nationale Strategie

Die Entwicklung einer Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen ist überfällig. Deutschland hat als „Organisationsweltmeister“ den internationalen Sport oft unkritisch mit Steuermitteln gefördert, ohne dies mit einem systematischen Einsatz für Werte im und durch Sport zu verbinden. Immer wieder zeigen sich Defizite von deutschen Sportfunktionär*innen, Werteverteidigung, Wertevermittlung sowie die Umsetzung von Good Governance in der Praxis als wichtigen Teil ihrer Aufgabe national und international zu sehen. Damit wurde der wachsenden Skepsis gegenüber Sportgroßveranstaltungen in der Bevölkerung zu wenig entgegengesetzt. Bei den in den letzten 30 Jahren gescheiterten Olympiabewerbungen wurde viel Geld verbrannt.

Umso wichtiger, dass eine Nationale Strategie den Umgang mit Risiken von Sportgroßveranstaltungen in den Mittelpunkt stellt, umfassende Partizipation ermöglicht und auf einer solchen Grundlage transparent Wege aufzeigt, wie öffentlich geförderte Veranstaltungen positiv auf die Entwicklung in einer Stadt, Region oder in Deutschland wirken können.

Ausgehend von diesen Erwartungen bewerten wir den seit Ende 2019 laufenden Prozess zur Strategieentwicklung und das bisherige Ergebnis wie folgt in

Sieben Thesen:

1. Der Weiße Elefant im Raum – Gegen ein Vorpreschen in Nordrhein-Westfalen

Geht man von dem zugrundeliegenden Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung¹ und der entsprechenden Aussage in der DOSB Strategie 2028² aus, hat die Nationale Strategie (auch) das Ziel, die Grundlage für eine aussichtsreiche, breit getragene Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele zu legen. Dies wurde allerdings im Rahmen der Strategieentwicklung allenfalls verschämt angesprochen, es schien – und scheint - als wolle man sich um eine klare Positionierung drücken. Damit ist Intransparenz schon im Kern angelegt.

Eine Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen in einem aufwändigen Verfahren zu entwickeln und parallel dazu im bevölkerungsreichsten Bundesland eine privat initiierte, von der Landes-Politik (und jetzt Bundes-Politik?) unterstützte Olympiabewerbung vor sich hin arbeiten zu lassen, war inkonsequent und weckte von vornherein Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Strategieprozesses.

¹ „Der Aufbau und die Umsetzung einer langfristig angelegten Strategie für Sportgroßveranstaltungen, insbesondere olympische und paralympische Spiele sowie Universiaden, wird die Spitzensportreform begleiten. Hierfür wollen wir übergeordnete Leitlinien entwickeln.“

² „eine erfolgversprechende Bewerbung für die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele auf den Weg bringen bzw. vorbereiten“

Wenn die Strategie und das darin investierte Geld irgendeinen Sinn haben sollen, hätten DOSB und Bundesregierung zu Beginn deutlich machen müssen, dass

- Eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele nur auf Basis der gemeinsamen Strategie unterstützt werden kann.
- Erst nach Beschluss der Strategie die mögliche nationale Auswahl in einem transparenten, an den festgelegten Kriterien orientierten Verfahren erfolgen kann.

Der Beschluss des IOC vom 24. Februar, für 2032 nur noch mit einem „preferred bidder“ (Gold Coast, Australien) zu verhandeln, zeigt die Naivität der deutschen Sportpolitik, die davon offensichtlich kalt erwischt wurde.

2. Partizipation

Da es um den Einsatz erheblicher Steuermittel geht, muss die Strategie die systematische, aktive Beteiligung aller deutschen Akteure (Sportorganisationen – insbesondere auch Athlet*innen sowie Repräsentant*innen des Breiten- und Freizeitsports; Politik; Wirtschaft; Kultur; Wissenschaft, Zivilgesellschaft) an der (sport)politischen Debatte um die Zukunft der deutschen Rolle im internationalen Sport sicherstellen.

Dies hat das bisherige Vorgehen zur Erarbeitung der Strategie nur in Ansätzen einlösen können. Nach entsprechender Kritik erfolgten zwar Nachbesserungen im Hinblick auf die Einladungsliste zur Fachtagung im Dezember 2020, ein systematischer, auf Kontinuität und tatsächliche Teilhabe angelegter Stakeholder-Prozess steht aber immer noch aus.

3. Nachhaltigkeit und Governance

Die Strategie muss aufzeigen, wie den Anforderungen an Nachhaltigkeit einschließlich Menschenrechte, gesellschaftliche Verantwortung, Transparenz und Anti-Korruption in einem demokratischen Staat bei Sportgroßveranstaltungen Rechnung getragen werden kann.

Hierfür bieten die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) eine weltweit anerkannte, umfassende Grundlage zu den Bereichen Ökologie, gesellschaftlich-soziale Aspekte, internationale Kooperation und Governance. Sie definieren insbesondere die Anforderungen an

- Internationale Solidarität, Frieden und Rechtsstaatlichkeit
- Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen – Maßnahmen gegen den Klimawandel
- Schutz der Menschenrechte
- Einsatz für Gesundheit, Bildung und gegen Armut
- Verringerung weltweiter Ungleichheit einschließlich Gleichstellung der Geschlechter

Eine verbindliche Festlegung hierzu für künftige Sportgroßveranstaltungen in Deutschland ist in der Strategie bislang nicht erkennbar.

Mit der Mitte März 2021 zur Beschlussfassung anstehenden Agenda 2020+5 ist das IOC den derzeitigen Ergebnissen der Nationalen Strategie weit voraus, Deutschland droht international den Anschluss zu verlieren.

4. *Lebenszyklus einer Sportgroßveranstaltung*

Nachhaltigkeit muss umfassend *in allen Phasen* einer Sportgroßveranstaltung im *Kerngeschäft*, d.h. der eigentlichen Planung und Umsetzung, realisiert werden. Ausgangspunkt ist die Forderung „Do no harm!“ Eine Sportveranstaltung – ob in Deutschland oder in einem anderen Land aber mit deutscher Mitentscheidung über die Vergabe und/oder der Teilnahme eines deutschen Teams – darf keinen ökologischen, sozialen und ökonomischen Schaden anrichten. Die Organisation und Durchführung der Veranstaltung selber müssen transparent und ohne Rechtsverletzungen erfolgen. Erst wenn das gesichert ist, geht es um den „Mehrwert“, d.h. um Anstöße für wirtschaftliche, infrastrukturelle, ökologische, soziale oder sportliche Entwicklungen im Ausrichterland und darüber hinaus. So können Erfolge in der Tourismuswerbung nicht gegen Umweltzerstörung aufgerechnet oder Menschenrechtsverletzungen z.B. durch die Ausbeutung von Zeitarbeitskräften nicht gegen Werbung von mehr Kindern für den Sport "aufgewogen" werden.

Diesem Ansatz folgt die Nationale Strategie derzeit allenfalls unzureichend.

5. *Proaktive Information und Kommunikation*

Wesentliche Elemente bei der Organisation von Sportgroßveranstaltungen sind Transparenz, rechtzeitige und umfassende Information, proaktiver Umgang auch mit kritischen Themen – so wie es bislang selten der Fall war.

Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die verlässliche Darlegung der Finanzierung zu legen, da diese bei bisherigen Sportgroßveranstaltungen in Deutschland, insbesondere auch bei den deutschen Olympiabewerbungen, oftmals ein Schwachpunkt in der Kommunikation und damit Anlass zu berechtigtem Misstrauen in der Öffentlichkeit war. Transparenz über staatliche Garantien, Zuschüsse, Steuererleichterungen ist ein absolutes Muss.

6. *Sicherung von Know-how-Transfer und Managementstandards*

Vorhandenes und neu zu gewinnendes Fachwissen muss zentral gesammelt und aufbereitet werden, um es für künftige Bewerbungen und Veranstaltungen zur Verfügung stellen zu können. Gezielt sollten dabei nicht nur die Sportverbände, ihre Offiziellen (insbesondere mit internationaler Erfahrung) und die Athlet*innen angesprochen, sondern auch Kenntnisse der deutschen Außenpolitik, deutscher Wirtschaftsunternehmen (insbesondere Sponsoren und Rechtevermarkter) sowie von Deutschen in Ämtern internationaler Organisationen außerhalb des Sports (z.B. UN-Institutionen) bis hin zur internationalen Zivilgesellschaft genutzt werden.

Zudem ist ein zuverlässiges Projektmanagement für Sportgroßveranstaltungen mit festgelegten Projektmanagementstandards einschließlich Controlling vorzugeben, damit

den von der Bevölkerung zu Recht gefürchteten Kostenexplosionen entgegengewirkt werden kann. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss. Hierbei sind insbesondere auch Hilfestellungen für Verbände bzw. Kommunen nötig, z.B. bei der Stakeholder-Beteiligung.

7. Unabhängige Prüfung/Kontrolle – „SGV-Anlaufstelle“

Die Prüfung einer Bewerbung um eine Sportgroßveranstaltung sowie die Entscheidung über Fördermittel anhand der Kriterien der Strategie müssen unabhängig von Sportverbänden und der Politik erfolgen. Das gleiche gilt für das Monitoring, d.h. die kontinuierliche Kontrolle, ob die Umsetzung bei Organisation und Durchführung der Veranstaltung den Standards entspricht (einschließlich Kostenkontrolle). Dies wurde im Rahmen der Strategieentwicklung diskutiert und im Zwischenbericht (siehe Grafik Seite 16 „Unterstützungsleistungen“ unter 1.2) festgehalten. Offensichtlich war es bislang nicht möglich, dies auch tatsächlich zu beschließen. Damit fehlt ein entscheidendes Element der Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses und der Strategie.

Vertrauen in den Sport und Sportgroßveranstaltungen verlangt Integrität der Verantwortlichen, diese ist ohne Transparenz und unabhängige Evaluierung nicht zu haben.